

1
2
3
4
5
6
7
8
9

Beschluss

10
11
12
13

14

MIT

15

-

16

MUT – INITIATIVE - TATEN!

17

18

19

20

**Forderungskatalog der
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
zum Wahljahr 2013**

22

23

24

25

26

27

28

29

30

Ergebnis der MIT-Regionalkonferenzen 2012

am 22. September 2012 in Stuttgart und am 29. September 2012 in Göttingen

33

34

35

36

37

38 Deutschland geht es gut!?

39

40 Deutschland geht es gut. Deutsche Arbeitnehmer gehören zu den qualifiziertesten der Welt und deutsche
41 Unternehmer mit ihrem umfangreichen Know-How genießen auf dem gesamten Globus ein hohes
42 Ansehen. In Deutschland gibt es eine herausragende öffentliche Infrastruktur, bedeutende Universitäten
43 und erfolgreiche Forschungseinrichtungen mit langer Tradition. Seit Einführung der Sozialen
44 Marktwirtschaft hat sich der Wohlstand in Deutschland beachtlich akkumuliert. Heute bauen
45 Erbgenerationen vielfach auf dem von Eltern und Großeltern Geleisteten ihre persönliche Existenz auf.
46 Die Leistungsbereitschaft der Leistungsträger in unserem Land sorgt seit Jahrzehnten für den sozialen
47 Ausgleich. Wer sich nicht selbst helfen kann, wird von einem umfassenden sozialen Netz aufgefangen.
48 Deutschland geht es gut.

49

50 Aber wie lange noch? Weil es uns so gut geht, werden uns die zunehmenden
51 Wettbewerbs Herausforderungen nur schleichend bewusst. Und weil die in unserer Volkswirtschaft
52 erwirtschaftete Substanz so hoch ist, sind die Probleme, in die wir im globalen Wettbewerb zunehmend
53 geraten, noch nicht unmittelbar sichtbar und spürbar. Absolut gesehen geht es uns gut, doch relativ zu
54 den wichtigen globalen Wettbewerbern sind wir bereits heute strukturell im Nachteil. Darüber können
55 auch kurzfristige positive Konjunkturdaten, niedrige Arbeitslosenquoten oder vorübergehende
56 Spitzenreiterpositionen in einzelnen Bereichen nicht hinwegtäuschen.

57

58 Die Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Landes ist: Wie sanierungs- und modernisierungsfähig ist
59 Deutschland?

60

61 Seit Jahren bestimmen übergeordnete Herausforderungen - wie etwa die Banken- und Finanzmarktkrise,
62 die Wirtschafts- und Konjunkturkrise und aktuell die europäische Staatsschuldenkrise - die deutsche
63 Politik. Dabei wurde sowohl öffentlich als auch politisch aus dem Blickfeld gedrängt, dass unser Land
64 grundlegende Modernisierungsprojekte anzuschieben hat.

65

66 ○ Während wir uns auf die Rettung anderer europäischer Länder konzentrieren, wird offenbar
67 vergessen, dass auch Deutschland die Maastrichter Kriterien schon lange nicht mehr einhält und
68 kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. In 2012 beträgt der Schuldenberg von Bund,
69 Länder und Kommunen über 2 Billionen Euro. Setzt man die Staatsverschuldung Deutschlands
70 2012 in das Verhältnis zum Bruttoinlandsproduktes (BIP), dann ergibt sich ein Verschuldungsgrad
71 von 79 Prozent. Die Maastricht-Kriterien sehen eine maximale Verschuldung von 60 Prozent des
72 BIP vor.

73

74 ○ Das deutsche Steuersystem ist so komplex, dass die Steuerlast zunehmend von der
75 Rechtskenntnis des Einzelnen abhängt und es für international agierende Investoren
76 abschreckend und nicht marktfähig ist. Das deutsche Steuersystem ist zu einer
77 Wachstumsbremse geworden, die vor allen Dingen den deutschen Mittelstand knebelt und
78 Investitionen und Jobs verhindert.

79

80 ○ Die hohe Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der deutschen Unternehmen, die
81 arbeitsmarktpolitischen Strukturreformen am Anfang des 21. Jahrhunderts und die
82 Lohnzurückhaltung der Tarifparteien in den letzten Jahren sind verantwortlich, dass sich
83 Deutschland in den letzten 12 Jahren vom kranken Mann Europas zum Land des „deutschen
84 Jobwunders“ entwickelt hat. Anstatt aber die Modernisierung und Flexibilisierung des
85 Arbeitsmarktes weiter fortzusetzen, herrschte in den letzten Jahren Stillstand bzw. wurden
86 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen angeschoben, die Deutschland bei der Wettbewerbsfähigkeit
87 bald wieder zurückfallen lassen. Dazu gehören nicht zuletzt die Diskussion über die Einführung
88 eines gesetzlichen Mindestlohns, die Gängelung der Zeitarbeitsbranche oder auch die zu hohen
89 Lohnnebenkosten.

90

91 ○ Seit Jahren ist bekannt, dass Geburtenrückgang, Alterung und eine schrumpfende Bevölkerung
92 erhebliche Folgen für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Zukunft
93 der sozialen Sicherungssysteme haben werden. In Deutschland werden im Jahre 2050 fast
94 doppelt so viele über 65-jährige Menschen leben wie unter 20-jährige. Die schrittweise
95 Einführung der Rente mit 67 Jahren war richtig, um den neuen Anforderungen zu begegnen. Es
96 wird aber nicht ausreichen. An einer grundlegenden Reform der sozialen Sicherungssysteme,

97 sowohl bei der Rente, im Gesundheitssystem oder bei der Pflegeversicherung wird kein Weg
98 vorbeiführen.

99

- 100 ○ Das Projekt Energiewende wirft grundlegende Zukunftsfragen für unser Land auf. Es wurden von
101 der Politik Ziele gesteckt und die Abkehr von der Atomenergie im Jahre 2022 beschlossen. Bis
102 heute fehlt jedoch eine Gesamtkonzeption, die aufzeigt, wie der Energiebedarf zukünftig
103 verlässlich gedeckt werden soll, wie der erforderliche Netzausbau realisiert werden kann und
104 welche finanziellen Lasten auf jeden Einzelnen zukommen.

105

106 In all diesen Feldern fängt die Arbeit gerade erst an. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der
107 CDU/CSU wird CDU und CSU im anstehenden Wahlkampf 2013 unterstützen, um die bürgerliche
108 Regierungsarbeit fortzusetzen. Nachstehende Forderungen sind ein inhaltlicher Beitrag der MIT zur
109 Positionierung der Union im Wahljahr 2013 und zur Beschreibung der offenen Handlungsfelder für die
110 bürgerliche Regierung in der 18. Wahlperiode.

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130

131

132

133

134

135

136

137

138

139

140

141

142

143

144

145

146

147

148

149

150

151

152

153

154 **1. Soziale Marktwirtschaft als Leitbild der Politik**

155

156 Die Rückbesinnung auf ordnungspolitische Grundsätze in der Politik – ob in der Kommune, im
157 Land, im Bund oder in Europa – war selten so dringend erforderlich wie heute. Zum einen ist mit
158 dem Staat als Retter in Krisenzeiten eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Markt
159 und Staat eingetreten. Die Banken- und Finanzmarktkrise, die Wirtschafts- und Konjunkturkrise
160 und aktuell die europäische Staatsschuldenkrise dienen als politische Rechtfertigung für die
161 immer weiter fortschreitende Intervention des Staates in das Marktgeschehen. Zum anderen hat
162 die Politik über Jahrzehnte hinweg eine Ordnungsrealität geschaffen, an die sich die Menschen
163 gewöhnt haben. Die Balance zwischen Freiheit sowie Eigenverantwortung auf der einen Seite
164 und staatlichen insbesondere sozialpolitischen Eingriffen auf der anderen Seite, ist aus den
165 Fugen geraten. Diese Entwicklung mündet in einem paralysierten Warten auf Entscheidungen
166 und in einer Politik, die nicht für ein gemeinsames Ganzes agiert, sondern nur kurzfristig auf
167 Detailprobleme reagiert. Als Lehre aus den zurückliegenden Jahren sollten daher dringend
168 nachstehende ordnungspolitische Prämissen wieder Eingang in die Politik finden.

169

170 **Freiheit in Verantwortung** - Die Soziale Marktwirtschaft beruht auf dem christlichen
171 Menschenbild, wonach die individuelle Freiheit untrennbar mit der sozialen Verantwortung des
172 Einzelnen verbunden ist. Die zentrale Verpflichtung des Staates ist es, die individuellen
173 Freiheitsrechte zu respektieren und sie vor Eingriffen Dritter zu schützen. Dies ist nur in einer
174 freiheitlichen Wirtschaftsordnung und nicht in einer zentralen Planwirtschaft möglich.

175

176 **Das Soziale an der Sozialen Marktwirtschaft** - Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind Teil
177 menschlicher Verantwortung. Eben deshalb versteht sich die Soziale Marktwirtschaft als eine
178 Ordnung, die die Freiheit mit dem Prinzip des sozialen Ausgleichs verbindet. Die Soziale
179 Marktwirtschaft bietet dem Einzelnen ein besonders hohes Maß an Berufsvielfalt, an
180 Wahlmöglichkeiten, an Aufstiegschancen, an Selbständigkeit und an Wohlstand. Die Soziale
181 Marktwirtschaft ist sozial, weil sie durch ihre Produktivität die erforderlichen Ressourcen für
182 den sozialen Ausgleich und die Bewahrung der Schöpfung auch für künftige Generationen bereit
183 hält. Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik. Gute Wirtschaftspolitik sichert den
184 freien Leistungswettbewerb, aus dem sich unmittelbar positive soziale Wirkungen ergeben.

185

186 **Verhältnis von Staat und Markt** – In der Politik muss der nachstehende Grundsatz von Walter
187 Eucken wieder stärker Berücksichtigung finden: "Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates
188 sollte auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die
189 Lenkung des Wirtschaftsprozesses." Marktwirtschaft benötigt einen Ordnungsrahmen. Zu
190 diesem Ordnungsrahmen gehört:

- 191 1. die Sicherung des Leistungswettbewerbs und der Funktionsfähigkeit des
- 192 Preismechanismus,
- 193 2. eine unabhängige und ausschließlich dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtete
- 194 Zentralbank,
- 195 3. die Gewährleistung offener Märkte,
- 196 4. der Schutz des Privateigentums,
- 197 5. die Wahrung der Vertragsfreiheit,
- 198 6. die Stärkung der persönlichen Haftung,
- 199 7. eine konstante, langfristig verlässliche Wirtschaftspolitik,
- 200 8. die Beachtung der Interdependenzen dieser grundlegenden Prinzipien und
- 201 9. die Wahrung des Subsidiaritäts- und Nachhaltigkeitsprinzips.

202

203

204

205

206

207 **Soziale Marktwirtschaft in Krisenzeiten** - Nicht alles, was in Krisenzeiten aus der Sicht der
208 Politik geboten scheint, ist auch sinnvoll und ordnungspolitisch richtig. Gerade in Krisenzeiten
209 ist die Grenzziehung zwischen politischen Notmaßnahmen und ordnungspolitischen
210 Grundprinzipien eine schwere Aufgabe. Dennoch müssen auch im Rahmen von Krisen
211 ordnungspolitische Regeln eingehalten werden. Anderenfalls besteht die Gefahr, die negativen
212 Auswirkungen von Krisen durch staatliche Interventionen und Fehlsteuerung noch zu
213 verschärfen. Es muss der Grundsatz gelten, dass derjenige, der ein Risiko eingegangen ist oder
214 die Krisensituation verschuldet hat, auch dafür die Verantwortung trägt und haftet. Dies muss
215 gleichermaßen für Staaten, Banken, Unternehmen und handelnde Personen gelten.

216

217 **Das ordnungspolitische Problem „too big to fail“** - Wenn Banken so groß werden, dass ein
218 Staat sie nicht mehr Bankrott gehen lassen kann, dann wird die Chance vom Risiko getrennt. Die
219 Gewinne werden privatisiert und Verluste sozialisiert. Wenn das Prinzip Haftung für große
220 Banken und Unternehmen nicht mehr gilt, dann ist Marktwirtschaft nicht mehr möglich. Das
221 damit verbundene Erpressungspotential gegenüber der Politik ist mit einer freiheitlichen
222 Gesellschaft nicht vereinbar. Diesem Problem muss mit dem Anheben der
223 Eigenkapitalhinterlegungsverpflichtungen, der Durchsetzung einer neuen Insolvenzordnung für
224 Banken und einer Stärkung der Kompetenzen der Kartellämter begegnet werden.

225

226

227 **2. Europa mit Zukunft – Für eine wirkungsvolle Stabilitätsunion**

228

229 Demographische Perspektive, Rohstoffverknappung, Terrorgefahren und globale Finanzmärkte
230 erfordern eine stärkere europäische Integration. Für wichtige Politikfelder bedarf es den
231 Strukturen einer politischen Union, ohne jedoch einzelne EU-Mitglieder von Verantwortung und
232 Haftung zu entbinden. Um **die europäische Staatsschuldenkrise** zu überwinden, muss das
233 Vertrauen in die europäische Währung zurückgewonnen werden. Hierzu müssen konsequent
234 nachstehende Maßnahmen umgesetzt werden bzw. Beachtung finden.

235

236 ○ Die MIT steht hinter der gemeinsamen europäischen Währung. Die Währungsunion
237 muss aber zu einer Stabilitätsunion zurückkehren. Eine Haftungs- und Transferunion ist
238 abzulehnen.

239

240 ○ Die Entscheidung des EZB-Rates, Staatspapiere in unbegrenzter Höhe anzukaufen, war
241 falsch, weil dies faktisch einer Vergemeinschaftung von Staatsschulden gleichkommt.
242 Damit verstößt die EZB gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung. Der
243 Bundesbank-Präsident Jens Weidmann muss für seinen klaren Kurs die volle
244 Unterstützung der Union und der Bundesregierung erhalten.

245

246 ○ Grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltig stabile Eurozone ist die Rückkehr zur
247 Vertragstreue auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages. Die Defizitgrenzen des
248 Maastrichtvertrages und vereinbarten Schuldenbremsen des Fiskalpaktes müssen
249 konsequent eingehalten werden. Ohne nationale Schuldenbremsen darf es keine Hilfen
250 aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geben.

251

252 ○ Jedes Mitglied der Euro-Zone haftet letztlich für seine Schulden. No bail out! Andere
253 Länder dürfen nicht in Mithaftung genommen werden. Hilfsmaßnahmen dürfen nur bei
254 Erfüllung der Auflagen und in einem zeitlich befristeten sowie regelmäßig durch die
255 nationalen Parlamente zu überprüfenden Rahmen gewährt werden.

256

- 257 ○ Die EZB muss zu den Aufgaben zurückkehren, die ihr mit Gründung im Jahre 1998 als
258 unabhängige Zentralbank übertragen wurden. Eine monetäre Staatsfinanzierung ist
259 verboten.
260
- 261 ○ Gemeinsame Einlagensicherungssysteme, Eurobonds und Schuldentilgungsfonds stellen
262 das Prinzip von Verantwortung und Haftung auf den Kopf. Dies wäre der Weg in die
263 Schuldenunion. Stattdessen müssen die ESM-Reformvorgaben weiter konsequent
264 weiterverfolgt werden.
265
- 266 ○ Das Vertragswerk muss um ein Verfahren für geregelte Staatsinsolvenzen erweitert
267 werden, das bei Zahlungsunfähigkeit eines Staates konsequente Anwendung finden
268 muss.
269
- 270 ○ Es muss die Möglichkeit des Austritts oder des Ausschlusses aus der Währungsunion für
271 jene Staaten geschaffen werden, die sich permanent nicht an das Regelwerk halten.
272

273 Für ein **Europa in Frieden und Freiheit** ist es von entscheidender Bedeutung, dass die
274 Interessen des europäischen Mittelstandes in der Europäischen Union gewahrt werden. Hierzu
275 sollen ergänzend zu den o.g. Ausführung nachstehende Einzelaspekte Berücksichtigung finden.
276

- 277 ○ Wir wollen kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa, das dem Mittelstand
278 unternehmerische Freiheit sichert und Rahmenbedingungen für einen fairen
279 Wettbewerb schafft.
280
- 281 ○ Wir wollen ein Europa, welches das Subsidiaritätsprinzip respektiert. Alle Aufgaben, die
282 die Kommunen, Regionen und Mitgliedsstaaten bürgernäher und besser lösen, sollen
283 auch auf diesen Ebenen angesiedelt bleiben.
284
- 285 ○ Wir brauchen in Europa mehr Transparenz der demokratischen Prozesse.
286 Entscheidungen innerhalb der EU müssen für jeden nachvollziehbar sein. Wir fordern
287 eine bessere Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und eine klare
288 Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten.
289
- 290 ○ Wir unterstützen weiterhin ausdrücklich das Ziel der Lissabon-Agenda aus dem Jahr
291 2000, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten
292 Wirtschaftsraum in der Welt zu machen.
293
- 294 ○ Auf europäischer Ebene muss der Bürokratieabbau konsequent vorangetrieben werden.
295 Für jedes neue Regelungsvorhaben der Kommission soll eine Folgenabschätzung mit
296 Darstellung der Bürokratiekosten durchgeführt werden. Zudem soll eine noch stärkere
297 Einbindung des EU-Parlamentes in laufende und geplante Entbürokratisierungsprojekte
298 erfolgen. Die EU-Kommission muss den Ressortegoismus von Kommissaren und
299 Regionaldirektionen überwinden und eine vorbehaltlose Überprüfung des gesamten
300 bürokratischen Regelwerkes nach dem Vorbild der Stoiber Kommission angehen. Ferner
301 bekräftigen wir unsere Forderung nach einem unabhängigen EU-Normenkontrollrat.
302
- 303 ○ Europa braucht eine Phase der Konsolidierung. Die teilweise zu großzügige Aufnahme
304 von Ländern in die Union und die Eurozone trägt zu den heutigen Stabilitätsproblemen
305 bei. Nach Kroatien muss es einen Erweiterungsstopp geben. Für Länder wie die Türkei
306 oder die Ukraine sind anstelle der Mitgliedschaft neue Nachbarschaftsmodelle zu
307 entwickeln.
308
- 309 ○ In den zurückliegenden Jahren ist bei der Übersetzung von Vorlagen der EU-Kommission
310 ins Deutsche eine Abnahme festzustellen. Um eine bessere Transparenz und
311 Verständlichkeit auch für die deutschsprachige Bevölkerung zu erreichen, soll die

312 Verwendung der deutschen Sprache auf Europäischer Ebene gestärkt werden. Der Status
313 der deutschen Sprache als gleichberechtigte Arbeitssprache auf europäischer Ebene soll
314 auch in der Zukunft erhalten bleiben.

315
316

317 **3. Für eine verlässliche und gerechte Steuerpolitik**

318

319 Es geht den Leistungsträgern der Gesellschaft nicht um Steuergeschenke, denn die Situation der
320 öffentlichen Haushalte sowie die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung und zum
321 Maßhalten treffen gerade hier auf Verständnis. Aber die Leistungsträger unseres Landes
322 verlangen mehr Steuergerechtigkeit und ein einfacheres Steuersystem. Daher sollen
323 nachstehende Maßnahmen umgesetzt werden.

324

325 ○ Durch die kalte Progression sinken jährlich die für den Konsum verfügbaren Mittel, weil
326 das Steuersystem die Inflation nicht berücksichtigt. Es ist zwingend geboten, dass der
327 Steuertarif alle 2 Jahre an die Inflationsrate angepasst wird.

328

329 ○ Der ‚Mittelstands- und Facharbeiterbauch‘, treibt gerade für die Bezieher kleiner und
330 mittlerer Einkommen die Steuerlast nach oben, wodurch ihnen von einer Lohnerhöhung
331 nur ein geringer Anteil bleibt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der linearprogressive
332 Tarif derzeit nicht gleichmäßig vom unteren bis zum oberen Steuersatz ansteigt,
333 sondern bis zum Tarifknick steil nach oben geht. Der „Tarifknick“ muss endlich völlig
334 abgeschafft werden.

335

336 ○ Grundsätzlich bedarf es einer grundlegenden Strukturreform des deutschen
337 Steuersystems. Wesentliches Ziel dieser Steuerstrukturreform muss die Schaffung eines
338 fairen, transparenten und leistungsfreundlichen Steuersystems sein, das auch für den
339 normalen Staatsbürger verständlich und nachvollziehbar ist.

340

341 ○ Es muss uneingeschränkt das Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit als
342 Ausgestaltung des grundrechtlichen Schutzes des Eigentums, der Sozialbindung des
343 Eigentums sowie des Gebotes der Gleichbehandlung (Art. 3 und Art. 14 GG) gelten. Die
344 Verteilung des Steueraufkommens zwischen Wertschöpfung (Einkommen- und
345 Körperschaftsteuer) einerseits und andererseits Verbrauch (Umsatzsteuer,
346 Verbrauchsteuer) und Besitz (Erbchaft- und Schenkungsteuer) muss unter dem Aspekt
347 der Leistungsfähigkeit angemessen justiert werden. Jede Form der doppelten
348 Leistungsbesteuerung wird abgelehnt. So sind auch eine Vermögenssteuer sowie eine
349 Vermögensabgabe grundsätzlich abzulehnen.

350

351 ○ Das Prinzip der Rechtsformneutralität bei der Besteuerung unternehmerischer
352 Tätigkeiten (Art. 3 GG) ist herzustellen.

353

354 ○ Die aktiven (z.B. Unternehmer- und Arbeitnehmereinkommen) und passiven (z.B.
355 Kapitaleinkünfte, Mieten und Pachten) Einkommensarten sind künftig gleich zu
356 behandeln. Das erfordert der Verfassungsgrundsatz der Gleichheit ebenso wie eine gute
357 Wirtschaftspolitik.

358

359 ○ Mit Ausnahme der Verbrauchsteuern ist das Steuerrecht von sämtlichen nicht-
360 steuerlichen Lenkungs Vorschriften zu befreien. Diese müssen im Interesse der Klarheit
361 und Verständlichkeit in entsprechende Sondergesetze verlagert werden.

362

363 ○ Die MIT plädiert dafür, dass sich das Steuersystem zukünftig auf vier Steuerarten
364 beschränkt: Ertragsteuern (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer), Umsatzsteuer,

365 Verbrauchsteuern und Besitzsteuern. Sämtliche anderen Steuern sind abzuschaffen bzw.
366 in eine der vorgenannten vier Steuerarten zu überführen.

367

368 ○ Das Mehrwertsteuersystem soll reformiert werden. Die bestehenden Steuerbefreiungen
369 und der ermäßigte Steuersatz sind weitestgehend abzuschaffen. Dann wäre ein
370 Mehrwertsteuersatz von etwa 16 Prozent möglich.

371

372 ○ Die Kommunalfinanzen sind neu zu ordnen. Das Konnexitätsprinzip soll wieder strikte
373 Anwendung finden. Hierfür ist die Gewerbesteuer durch die Einführung eines
374 kommunalen Zuschlagsmodells auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen.

375

376 ○ Der Solidaritätszuschlag soll gestrichen werden.

377

378

379 **4. Modernisierung des Arbeitsmarktes und der Sozialen**

380 **Sicherungssysteme**

381

382 Die gute konjunkturelle Lage, Überschüsse in den Beitragskassen und der momentan robuste
383 Arbeitsmarkt können nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Land einen
384 Modernisierungsschub benötigt. Wenn Deutschland auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben
385 soll, müssen nachstehende Maßnahmen zeitnah realisiert werden.

386

387 ○ Die Anreize für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung
388 müssen ausgebaut werden. Ziel muss es sein, den Hebel der heutigen Privilegierung
389 „kleiner Hinzuverdienste“ von Hartz-IV-Empfängern so umzudrehen, dass Beschäftigung
390 in geringem Umfang unattraktiv und Beschäftigung in hohem Umfang attraktiver ist.
391 Dazu sollen die ersten 200 Euro auf Hartz IV angerechnet werden. Ab 200 Euro sollen
392 dann großzügigere Freibetrags-Regelungen als bislang gelten. So werden
393 Leistungsempfänger motiviert, mehr zu arbeiten und langsam in die finanzielle
394 Selbständigkeit geführt.

395

396 ○ Die MIT lehnt einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ab. Die Folgen der
397 Einführung von Mindestlöhnen wären steigende Langzeitarbeitslosigkeit und eine
398 florierende Schattenwirtschaft. Mit Mindestlöhnen würde der Niedriglohnssektor weiter
399 zurückgedrängt, wovon insbesondere Geringqualifizierte betroffen wären.

400

401 ○ Im Jahr 2030 werden dem deutschen Arbeitsmarkt 5,2 Mio. Arbeitskräfte fehlen. Wir
402 werden diese Lücke nicht durch Zuwanderung schließen können. Es bedarf der
403 Ausschöpfung des gesamten inländischen Erwerbspersonenpotenzials. Flankierend
404 sollten weitere Maßnahmen für eine qualifizierte Zuwanderung ergriffen werden. Ein
405 Punktesystem sollte die Zuwanderung orientiert an Qualifikation und Sprachkompetenz
406 regeln und somit die Zuwanderung von Fachkräften aus den MINT-Bereichen
407 erleichtern. Ausländische Studienabsolventen deutscher Hochschulen sollen offensiv für
408 den deutschen Arbeitsmarkt geworben und eine deutliche Verbesserung der
409 Bleibeoption nach dem Studium geregelt werden. Die für den Erhalt einer dauerhaften
410 Niederlassungserlaubnis notwendige Mindesteinkommensgrenze sollte auf 40.000 Euro
411 gesenkt werden.

412

413 ○ Alle versicherungsfremden Leistungen sind aus der Arbeitslosenversicherung zu
414 streichen. Der Griff in die Beitragskasse zur Querfinanzierung anderer Bereiche ist
415 grundsätzlich zu unterlassen. Die Finanzierung von Beitragslücken muss durch
416 konsequentes Ansparen von Beitragsüberschüssen erfolgen.

417

- 418 ○ Wir fordern weiterhin die weitestgehende Entkopplung der Kosten der
419 Sozialversicherung von den Lohnkosten. Ein notwendiger sozialer Ausgleich soll über
420 nicht verhandelbare Steuermittel erfolgen. Der gesetzliche Leistungskatalog aller
421 Sozialversicherungen ist auf Kernleistungen zu beschränken. Die Selbstbeteiligung ist
422 zumutbar zu erhöhen und Eigenverantwortung zu stärken.
423
- 424 ○ Eine beitragsfinanzierte Zuschussrente ist abzulehnen. Eine Grundsicherung muss
425 steuerfinanziert werden. Grundsätzlich bedarf es einer ganzheitlichen Reform des
426 Rentensystems statt einzelner Teillösungen.
427
- 428 ○ Bei der Krankenversicherung ist das Sachleistungsprinzip durch das
429 Kostenerstattungsprinzip zu ersetzen. Der Wettbewerb unter den Krankenkassen ist
430 durch Selbstbestimmung und Wahltarif zu stärken. Die Umstellung auf ein
431 Prämiensystem ist zu beschleunigen. Ein staatlicher Eingriff bzw. Zugriff auf die Kassen
432 der privaten Krankenversicherungen darf nicht erfolgen.
433
- 434 ○ Bei der Pflegeversicherung sollen ein schnelles Umsteuern und ein konsequenter
435 Systemwechsel hin zur Kapitaldeckung erfolgen. Jegliche Eingriffe in die private
436 Pflegeversicherung sowie das Zugreifen auf die Rückstellungen der privaten
437 Pflegeversicherung sind grundsätzlich abzulehnen.
438
- 439 ○ Das System der Berufsgenossenschaften ist wettbewerbsfreundlich zu reformieren.
440
- 441 ○ Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll auf 4 Wochen begrenzt werden. Die
442 Karenztage im Krankheitsfall sollen wieder eingeführt werden, es soll zukünftig 3
443 Karenztage geben, wie in allen anderen Industrienationen der EU.
444
- 445 ○ Der Kündigungsschutz soll bei Neueinstellungen zukünftig erst nach drei Jahren gelten
446 und zudem grundsätzlich erst bei Unternehmen mit 50 und mehr Vollzeitbeschäftigten
447 Anwendung finden.
448
- 449 ○ Die Neuregelung zur vorgezogenen Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge hat zu
450 einem unnötigen Bürokratieaufwand bei den Unternehmen geführt. Die Regelung zur
451 vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge soll zurückgeführt werden.
452
- 453 ○ Die Zeitarbeitsbranche ist ein wichtiger Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes und
454 leistet eine wichtige Brückenfunktion in den 1. Arbeitsmarkt. Die vor Jahren eingeleitete
455 Liberalisierung der Zeitarbeit war ein richtiger Schritt und hat zusätzliche Flexibilität für
456 Unternehmen und Arbeitnehmer geschaffen. Von gesetzlichen Regulierungen für diese
457 Branche ist abzusehen. Wenn etwa für die Zeitarbeit - gesetzlich verordnet - die Tarife
458 der Stammebelegschaft gelten sollen, verliert die Zeitarbeit an Wettbewerbsfähigkeit.
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471

472 5. Energiepolitik – Herausforderung für den Wirtschaftsstandort

473 Deutschland

474

475 Das Projekt Energiewende wirft grundlegende Fragen auf und hat eine existenzielle Relevanz für
476 den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland. Die nachstehenden energiepolitischen
477 Forderungen müssen im Rahmen des weiteren Prozesses zur Umsetzung der politisch
478 beschlossenen Energiewende Berücksichtigung finden.

479

480 ○ Auch für die Energiewende müssen die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gelten.
481 Planwirtschaft lehnen wir ab. Die größte Aufgabe des Gesetzgebers ist es, auf dem Weg
482 in die neue Energiezukunft ordnungspolitisch dafür zu sorgen, dass die
483 Energieunternehmen sowie die Netzbetreiber weiterhin genügend Spielraum für
484 unternehmerische Entscheidungen behalten. Die Balance zwischen freiem Wettbewerb
485 auf dem Energiemarkt und politischen Vorgaben und Zielen darf – im Sinne der
486 Verbraucher – nicht aus dem Gleichgewicht geraten.

487

488 ○ Die größte Energiequelle ist die Energieeffizienz. Bereits heute könnten mit den schon
489 vorhandenen Technologien 40 Prozent unseres Energieverbrauchs eingespart werden,
490 ohne Abstriche an unserer Lebensqualität machen zu müssen. Also gilt es vorrangig, in
491 Maßnahmen zur Energieeffizienz und Ressourcenschonung zu investieren. Auch ist die
492 steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen sowie Teilmaßnahmen
493 an Wohngebäuden umgehend umzusetzen.

494

495 ○ Politisch und rechtlich sind alle nachhaltigen Energiequellen gleich zu behandeln. Eine
496 Bevorzugung bestimmter Energiearten, wie etwa der Photovoltaik und der Windkraft,
497 sind abzulehnen. Die beste Technologie muss sich im freien Wettbewerb durchsetzen.

498

499 ○ Volatile Energiequellen können und sollten ergänzend genutzt werden, dürfen aber
500 nicht zur tragenden Säule der Erneuerbaren Energien werden, solange nicht die
501 notwendigen Speicherressourcen zur Verfügung stehen. Grundsätzlich muss die
502 Forschung in Speichermöglichkeiten Vorrang vor der Installationsförderung haben.

503

504 ○ Subventionen müssen stets degressiv und zeitlich eng befristet gezahlt werden und an
505 das Erreichen konkreter Ziele geknüpft werden. In diesem Sinne ist auch das bestehende
506 Erneuerbare Energien- Gesetz (EEG) abzuschaffen und durch eine anreizkonforme
507 Regelung zu ersetzen. Die Umlage ist ebenfalls abzuschaffen und kurzfristig in Geld und
508 Menge pro Jahr zu begrenzen und an den Ausbau der Netzinfrastruktur zu koppeln. So
509 werden die alternativen Stromerzeuger zu eigeninteressierten Bundesgenossen im
510 schweren Kampf um den nötigen Ausbau der Netze. Der Einspeisevorrang für
511 erneuerbare Energie verursacht unbezahlbare Kosten und muss so schnell wie möglich
512 abgeschafft werden.

513

514 ○ Der Ausstieg aus der Kernenergie kann nicht 1:1 durch den Einstieg in die Erneuerbaren
515 Energien kompensiert werden kann. Aufgrund der volatilen Einspeisung der
516 Erneuerbaren müssen noch auf lange Sicht konventionelle Kraftwerke vorgehalten
517 werden. Die MIT lehnt eine doppelte Subventionierung, also sowohl der Erneuerbaren
518 Energien als auch der „vorgehaltenen“ Kraftwerke, ab.

519

520 ○ Die Energiewende kann nur mit den Menschen gelingen, niemals gegen sie. Wer die
521 Energiewende will, muss Akzeptanz für die dafür notwendigen Maßnahmen schaffen.
522 Dabei ist es wichtig zu erkennen, dass Bürgerbeteiligung in den eingeübten formalen
523 Strukturen offizieller Genehmigungsverfahren immer öfter nicht mehr ausreicht.

- 524 Bürgerbeteiligung muss früh einsetzen, volle Transparenz gewährleisten – dann aber
525 auch schnell zu einem Ergebnis führen.
526
- 527 ○ Die Energieunternehmen, die Bundesregierung und NGOs müssen beispielsweise in
528 Diskussionsrunden wie der Netzplattform des Bundeswirtschaftsministeriums, aber
529 auch vor Ort und ganz konkret, gemeinsam für notwendige Infrastrukturen werben.
530
 - 531 ○ Wir brauchen dringend einen realistischen Masterplan. Der Ausbau erneuerbarer
532 Energien und der Netzausbau müssen auf allen Netzebenen im Gleichschritt erfolgen. Es
533 wäre nicht rational, teure Windparks zu bauen und keine Netze zu haben, die diese
534 Energie transportieren können.
535
 - 536 ○ Für die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist es
537 unverzichtbar, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nicht durch die
538 Kosten der Energieversorgung gefährdet wird. Insbesondere für die gewerblichen
539 Abnehmer von Elektrizität darf der Abstand bei den Kosten der Energieversorgung zu
540 ihren Wettbewerbern im europäischen Ausland nicht vergrößert werden.
541
 - 542 ○ Wir müssen auch die öffentlichen Abgaben, die am Strompreis zur Zeit mit einem Anteil
543 von bis zu 41% beteiligt sind, überprüfen und gegebenenfalls verringern. Auf jeden Fall
544 muss die Doppelbesteuerung auf Energie (Mehrwertsteuer auf die Energiesteuer)
545 abgeschafft werden. Energie muss in Zukunft für jedermann bezahlbar bleiben.
546
 - 547 ○ Die Einführung intelligenter Zähler – sogenannter Smart Meter – zur Messung des
548 Verbrauchs von Energie und Wasser stellt ein wesentliches Instrument zur Erreichung
549 einer modernen Energieinfrastruktur dar. Die mit der Einführung moderner
550 Messsysteme verbundenen Kosten werden die vergleichsweise hohen deutschen
551 Energiekosten zusätzlich ansteigen lassen. Jeder weitere Kostenanstieg belastet die
552 Verbraucher und gefährdet so die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Betriebe
553 nachhaltig. Daher sind die Kosten für intelligente Messsysteme nicht ausschließlich an
554 die Kunden durchzureichen. So sind Energieversorgungsunternehmen zu verpflichten,
555 die mit dem Betrieb einer Smart Meter-Infrastruktur verbundenen Kostensenkungen
556 dank weitgehend automatisierter Abrechnungsprozesse an deren Kunden
557 weiterzugeben.
558

559 **6. Bildung ist das Fundament des Erfolgs**

- 560 Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit in einem selbstbestimmten
561 Leben. Die Wirtschaft – vom kleinen mittelständischen Betrieb bis hin zum Großunternehmen –
562 ist auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder freiberuflich selbständig Tätige
563 angewiesen. Sie zusammen sind die wichtigste Ressource der deutschen Wirtschaft. Um das
564 deutsche Bildungswesen zu stärken, sollen nachstehende Maßnahmen umgesetzt werden.
565
- 566 ○ Markenzeichen des deutschen Bildungswesens ist die Duale Ausbildung. Aktuelle Pläne
567 der EU führen im Ergebnis dazu, durch forcierte weitere Erhöhung der Abiturienten- und
568 Hochschulabsolventenquoten das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland
569 auszutrocknen und durch gemeinsame europaweite Standards die hohe Qualität der
570 Ausbildungsgänge zu verwässern. Dieses Vorhaben ist daher abzulehnen. Vielmehr
571 sollte in möglichst vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union das duale
572 Ausbildungssystem eingeführt werden.
573
 - 574 ○ Wir fordern ein differenziertes Schulsystem, das den unterschiedlichen Begabungen der
575 Schüler Rechnung trägt sowie jeden Einzelnen möglichst optimal fördert und fordert.
576

- 577 Die Bildungspolitik muss sich wieder mehr darauf konzentrieren, jungen Menschen
578 elementare Grundlagen wie Rechnen, Schreiben und Lesen zu vermitteln.
579
- 580 ○ Bildungserfolg hängt nicht in erster Linie von der Schulform, sondern vor allem von der
581 Qualität der Lehrer ab. Wir brauchen daher an deutschen Schulen bei der Lehrerauswahl
582 eine echte Bestenauswahl in und nach der Einstellung. Das bedeutet, dass eine
583 Einstellung nicht auf Lebenszeit erfolgen muss und vielmehr in regelmäßigen Abständen
584 die Qualität und Leistung abgesichert wird.
585
 - 586 ○ Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Schulfähigkeit eines jeden Kindes
587 sichergestellt wird. Kinder, die bei der Einschulung nicht richtig Deutsch sprechen und
588 verstehen können, keine vollständigen Sätze formulieren können sowie Schwierigkeiten
589 mit der sozialen Kompetenz oder mit ihrer Konzentrationsfähigkeit haben, können diese
590 Defizite in der Regel im Schulalltag nicht mehr aufholen. Insbesondere in der
591 vorschulischen Erziehung bedarf es daher einer stärkeren Akzentverschiebung weg vom
592 Betreuen hin zu Bildungs- und Erziehungstätigkeit. Die Schulfähigkeit der Kinder muss
593 noch stärker in den Fokus der vorschulischen Erziehung und Bildung rücken.
594
 - 595 ○ Allgemeinbildende Schulen sollen mit beruflichen Schulen und Betrieben enger
596 kooperieren. Praktika zur Vorbereitung auf die Berufswelt sollten ausgebaut werden.
597 Zudem ist an weiterführenden Schulen Wirtschaft als Pflichtfach einzuführen.
598